



Zusammenfassung:

Die politische Auseinandersetzung mit der Euro-Krise in Deutschland und Frankreich - Nationale Lösungsstrategien und Europäisierungstendenzen

Im Anschluss an methodische Vorüberlegungen und eine Diskussion von historischen Vergleichen, Transfers, der *Histoire Croisée*, transnationalen Perspektiven und des Konzepts der Europäisierung wurden in einem ersten Teil der Arbeit Grundzüge ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen für monetäre Integration vorgestellt. In einem zweiten Abschnitt wurden, beginnend mit dem Werner-Plan, die verschiedenen Etappen europäischer Wirtschafts- und Währungsintegration in einer deutsch-französischen Perspektive nachgezeichnet. In einem dritten Kapitel wurden strukturelle Schwächen der Wirtschafts- und Währungsunion aufgezeigt, welche die Entwicklung einer Staatsschuldenkrise im Euroraum begünstigten und in der Folge zum Gegenstand von Debatten über die Reformierung der Funktionsweise der Gemeinschaftswährung wurden. In einem zentralen vierten Kapitel wurden daraufhin für einen breiten Zuschnitt an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren in Deutschland und Frankreich dominierende Argumentationsmuster herausgearbeitet und Motive grenzüberschreitender Wahrnehmungen und Interaktionen gesucht. Insbesondere wurde danach gefragt, inwieweit in beiden Ländern debattierte Interpretationen und Lösungsansätze der Krise des Euroraums Konvergenzen aufwiesen und inwiefern transnationale Austauschprozesse stattfanden.

Es konnten punktuelle grenzüberschreitende Bezugnahmen und Interaktionen, sowohl innerhalb als auch jenseits ideologischer Milieus, aufgezeigt werden. Europäisierungsprozesse im Sinne einer zunehmenden Harmonisierung nationaler Politikgestaltung und deren kommunikativer Vermittlung gegenüber einer politischen Öffentlichkeit konnten jedoch nur mit Einschränkungen identifiziert werden. Zwar stellte die Gemeinschaftswährung einen übergeordneten Bezugsrahmen dar, welcher in den weitgehend geteilten Zielen des Erhalts des Euro und einer engeren ökonomischen Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten Ausdruck fand. Gleichwohl zeigten sich in einer Vielzahl von Detailfragen zur weiteren Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion grundlegende Unterschiede, welche teilweise auf nationalspezifische europa-, finanz- und wirtschaftspolitische Muster und Orientierungen zurückgeführt werden können.

In der Beurteilung der Krisenursachen wiesen die untersuchten Akteure in Deutschland und Frankreich mehrheitlich Schnittmengen in der Wahrnehmung unzureichend regulierter Finanzmärkte und der Kritik am Einfluss amerikanischer Ratingagenturen auf. Darüber hinaus fanden indes die in Deutschland dominanten konservativ-liberal geprägten

Debattenschwerpunkte der Hintergründe einer Staatsschuldenkrise und der Diskussion der finanziellen wie moralischen Schuldhaftigkeit des griechischen Staates keine Entsprechung in Frankreich. In der französischen Debatte wurde hingegen stärker auf die durch den Vertrag von Maastricht und den Vertrag von Lissabon vorgegebenen Rahmenbedingungen für die Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion abgestellt, welche als unausgewogen kritisiert wurden.

In Bezug auf die ökonomische Koordinierung und wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung für den Euroraum konnten taktische Annäherungen französischer Konservativer an die Reform- und Konsolidierungspolitik der Unionsparteien sowie der Liberalen in Deutschland festgestellt werden. Ebenso teilten progressive Akteure in beiden Ländern das Ziel einer auf europäischer Ebene unterstützten Wachstumsförderung. Über die Organisationsform einer engeren wirtschaftspolitischen Abstimmung innerhalb der Eurozone dauerten hingegen traditionelle deutsch-französische Divergenzen an. Zum Konzept der Wirtschaftsregierung war zwischen den konservativen Parteien allenfalls eine rhetorische Übertragung des Begriffs in Richtung Deutschland zu beobachten, die jedoch ohne inhaltliche Substanz blieb und als reiner Akt diplomatischer bilateraler Kommunikation gewertet werden muss. Für die Mehrzahl der Akteure des deutschen Konservatismus und Liberalismus stellte die Perspektive einer nicht weiter bestimmten europäischen Wirtschaftsregierung eine Zentralisierung und somit einen Angriff auf die wirtschaftspolitische Souveränität der Bundesrepublik dar.

In den Ansichten zur Rolle der Europäischen Zentralbank im Krisenmanagement zeigten sich deutlich divergierende Vorstellungen in Deutschland und Frankreich, die sich jeweils an nationalen Traditionen und Ordnungsmustern orientierten. In der französischen Debatte bestand weitgehende Einigkeit über die Zielvorstellung eines Ausbaus der Funktionen der Zentralbank sowohl zur Verbesserung der Refinanzierungsbedingungen für die Euro-Staaten als auch zur Unterstützung von Wirtschaftswachstum. In Deutschland hingegen reichten Warnungen vor einer Beeinträchtigung der politischen Unabhängigkeit der Zentralbank bis in die Sozialdemokratie und weitere progressive Strömungen hinein, so dass in Frankreich diskutierte Transformationen der EZB in Deutschland lediglich von Kleingruppen aufgegriffen wurden. Stark dominant in der deutschen Debatte war die Sorge vor einer Änderung des Status der EZB, wie er im Vertrag von Maastricht in Anlehnung an das Modell der Bundesbank entworfen wurde.

Die Interpretation von Solidarität innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion stimmte in Deutschland und Frankreich in großen Teilen dahingehend überein, dass die Instabilität Griechenlands als potentielle Bedrohung für den Euroraum wahrgenommen wurde

und Korrekturinstrumente zur Aufrechterhaltung der Währungsunion in ihrer bestehenden Form gesucht wurden. Gleichzeitig waren die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland von juristischen und volkswirtschaftlichen Diskussionen etwaiger Fehlanreize durch fehlerhaft konstruierte Hilfsinstrumente und die Institutionalisierung von Transfer geprägt. Das Bundesverfassungsgericht setzte diesen Debatten über die Synchronisation von Haftungsrisiken und politischen Kontrollmöglichkeiten zudem rechtliche Rahmenbedingungen, die auch in der französischen Debatte als wichtiger Faktor wahrgenommen wurde. Jenseits der konservativ bestimmten Lesart bestanden weitreichende grenzüberschreitende Schnittmengen für einen pragmatischen Ausbau der Stützungsrichtungen zur Vermeidung von Insolvenzen einzelner Staaten oder Austritten aus der Währungsunion. Hinsichtlich der Schaffung von Instrumenten gemeinschaftlicher Haftung fand lediglich eine kurzzeitige transnationale Interessensvertretung der moderat progressiven Kräfte statt, da die SPD wie auch die Grünen in Reaktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts Abstand vom Konzept der *Eurobonds* nahmen und in der Folge einen weniger umfassenden Altschuldentilgungsfonds bewarben, welcher auf Seiten der französischen Sozialisten nur schemenhaft wahrgenommen wurde.

Hinsichtlich des Ausblicks einer umfangreichen Transformation der Europäischen Union in eine Politische Union zur Korrektur von durch die krisenhafte Entwicklung im Euroraum aufgedeckten Schwachstellen bestand eine hohe deutsch-französische Konvergenz in der geringen Aufmerksamkeit, die dem Thema zuteilwurde. Eine in der deutschen Debatte mehrheitsfähige Vorstellung vertiefter Integration zur Verankerung verbindlicherer haushaltspolitischer Kontrollinstrumente entsprach nicht den Erwartungen der Mehrzahl politischer Akteure in Frankreich und wurde nicht aufgegriffen. In der französischen Debatte war unabhängig von parteipolitischen Orientierungen das Modell einer Europäischen Union als Absicherung in einem sich global intensivierenden wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb verbreitet. Die französische Zielvorstellung einer *Europe forte* beantworteten deutsche Konservative und Liberale indes lediglich mit Plänen zur Erhöhung der Schulden tragfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen in nationalstaatlicher Eigenverantwortung. Im linken politischen Spektrum waren übereinstimmende Forderungen einer stärkeren sozialpolitischen Komponente der europäischen Einigung zu beobachten, die jedoch nicht in eine gemeinsame übergeordnete Leitthematik für die Integration oder ein geteiltes Fernziel für die Europäische Union eingebettet waren.